

■ Kultur gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Über eine Europäische Initiative zur gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe

Gute Politik zeichnet sich nicht zuletzt dadurch aus, dass sie einmal gefasste Beschlüsse auch in ihrer Umsetzung kontrolliert. Leider erweist sich da mancher zunächst weise erscheinende Beschluss als Eintagsfliege, manchmal aber auch als wichtiger Impulsgeber für neue Wege. Das Ergebnis eines solchen Kontrollprozesses wurde im Frühjahr bei einer Konferenz in Brüssel vorgestellt, die zugleich einen hervorragenden Überblick darüber gab, wie es die einzelnen Mitgliedstaaten mit dem Verhältnis zwischen den Agenden Soziales und Kultur halten.

Der Europäische Rat beschloss im Jahr 2000 in Lissabon, bis zum Jahr 2010 entscheidende Initiativen zur Beseitigung der Armut in Europa zu entwickeln. Immer noch sind 15 % der EU-Bürger (vor der Osterweiterung) von Armut betroffen, viel mehr noch von Armut bedroht. In allen Mitgliedsländern wurden Nationale Aktionspläne (NAPs) auf den Weg gebracht; ein erstes Fazit wurde Ende 2004 veröffentlicht.¹ Verschiedene Aktionsfelder wurden in den Ländern als unterschiedlich wichtig gewertet, wobei ein deutlicher gemeinsamer Schwerpunkt auf dem Beschäftigungssektor wie auf der Verminderung des Armutsrisikos für Kinder und Jugendliche zu erkennen ist. Deutlich ist auch in den meisten NAPs die Erkenntnis der Notwendigkeit, Armut nicht als Spartenproblem zu fassen, sondern als Querschnittsaufgabe mit mehrdimensionalem Ansatz zu begreifen, in dem neben Beschäftigungspolitik und Sozialversicherungssystemen Themen wie Wohnung, lebenslanges Lernen, eInclusion (Fähigkeit des Umgangs mit dem Internet) und Kultur eine wesentlich größere Aufgabe zukommen soll.

Der Kulturpolitik wird eine wichtige Funktion im Kampf gegen Armut beigegeben: »Die Teilnahme an kulturellen Aktivitäten ist eine wichtige Möglichkeit, mit der Menschen und Gemeinschaften ihre eigene Identität bestimmen und ausgestalten und diese anderen vermitteln. (...) Somit ist die Kultur ein Mittel für die aktive Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft. Die Förderung des Zugangs zu kulturellen Aktivitäten und die Teilnahme daran ist ein ebenso bedeutsamer und gewichtiger Faktor bei der Errichtung einer integrativen Gesellschaft wie die Förderung der Teilnahme an den Bereichen Wirtschaft, Beschäftigung oder Soziales. Im Vergleich zur Sozialpolitik ist für kulturelle Aktivitäten ent-

scheidend, dass diese einen positiven Ausgangspunkt haben: Menschen werden nicht als Problem, sondern als potenzielle und konkrete Bereicherung angesehen.«²

Die Kommission für Beschäftigung & Soziales gab Detailuntersuchungen zu den wesentlichen angesprochenen Politikfeldern, so auch zu Kultur in Auftrag. Um sowohl nationale Impulse wie Defizite zu identifizieren, wurden zwei Institute der University of Northumbria, Newcastle upon Tyne, das Centre for Public Policy und das Centre for Cultural Policy and Management, beauftragt, die Entwicklung in den europäischen Mitgliedsländern (die neuen Mitgliedsstaaten wurden in einem kurzen Überblick gestreift) zu vergleichen. Im Frühling 2005 legten die Forscher auf einer Konferenz in Brüssel ihren Bericht vor, unter dem Titel »Report of a thematic study using transnational comparisons to analyse and identify cultural policies and programmes that contribute to preventing poverty and social exclusion«³. Unter Leitung von Prof. Roberta Woods hatte sich eine kleine Forschungsgruppe bemüht, durch den Dschungel von Kulturpolitik und Projekten, wo auch immer diese ressortierten, zu wühlen, einige Schlüsselpersonen zu interviewen und Tendenzen herauszufinden. Zwar war die jeweilige empirische Basis, mit der sie es in den recherchierten Ländern zu tun hatten, ziemlich klein, Tendenzen konnten jedoch ermittelt werden.

Forschungsziel der Studie war, inwiefern der Zugang zu Kulturinstitutionen und -angeboten erfolgreich soziale Teilhabe befördern könnte, in welchem Ausmaß es gelingt, Programme und Politik zu entwickeln, die die beiden Agenden »Soziales« und »Kultur« miteinander verlinken, und die Barrieren zu identifizieren, die effektive Praxis verhindern.

In der europäischen Vogelschau wurden folgende Ergebnisse festgehalten:

- In hohem Maße anerkannt wird die Bedeutung von Kultur und Kulturpolitik, gegen soziale Ausgrenzung anzugehen.
- In einigen der untersuchten Ländern gab es auf nationaler Ebene keine Programme, die soziale Teilhabe mit Kultur in Zusammenhang brachten.
- Allen gemeinsam ist das Fehlen einer systematischen Verbindung oder übereinstimmenden Politik zwischen Ministerien auf nationaler Ebene.

- Begrenzte Mittel und kurzfristige Programme wurden als Barrieren gegen die allgemeine Erkenntnis der Rolle von Kultur in diesem Prozess der Teilhabe wahrgenommen.
- »Hochkultur«-Kulturpolitik interessiert sich nur für die existierenden Institutionen.
- Reine Monitoring-Programme, die sich auf Besucher- oder Nutzerzahlen konzentrieren, verbergen nur die Zugangsschwierigkeiten für diejenigen, die an Teilhabe gehindert sind.
- Der Mangel an Aufmerksamkeit der positiven Rolle gegenüber, die Kultur im Kontext der sozialen Teilhabe spielen kann, scheint eher ein Problem auf nationaler denn auf lokaler Ebene zu sein.
- Mehr Gewicht ist auf den Aspekt der kulturellen Vielfalt zu legen.
- Methoden zur Erfassung quantifizierbarer Ergebnisse werden benötigt, um die positive Rolle der Kultur an der sozialen Teilhabe zu beleuchten.
- Übergreifende Zusammenarbeit ist erforderlich, um die vieldimensionalen Ursachen sozialer Ausgrenzung zu erfassen.
- Stadterneuerungsprogramme sind offenbar eine gute Methode, um lokale »Teilhabe«-Netzwerke auch im Kulturbereich zu etablieren.

Diese eher allgemein klingenden Ergebnisse wurden in dem Forschungsprojekt unteretzt mit differenzierten Erörterungen einzelner Fragestellungen und durch Länderstudien.

Die Erörterung einzelner Aspekte der großen Frage nach dem Zusammenhang zwischen *gesellschaftlicher* Teilhabe/Ausgrenzung einerseits und *kultureller* Teilhabe/Ausgrenzung andererseits nimmt dem (vor allem in deutschen Kunst-Köpfen vorhandenen) Vorwurf den Wind aus den Segeln, Kunst oder Kultur werde in diesem Diskurs vordergründig für gesellschaftliche Zwecke kunstfern mißbraucht. Die Leitfragen der Studie setzten bei handfesten, konkreten Problemanalysen an: »Kann mangelhafter Zugang und Teilhabe an Kulturaktivitäten Armut und soziale Exklusion verschärfen? Wenn ja, welche Gruppen sind besonders gefährdet?« oder: »Welches sind die Barrieren, die den Zugang zu Kulturangeboten oder die Möglichkeit, die eigene kulturelle Identität auszudrücken, versperren?« Und schließlich: »Welchen Beitrag kann ein bes-

serer Zugang zu Kultur im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung leisten?« Besonders hervorgehoben wurde dabei die Chance, im Rahmen von kulturellen/künstlerischen Tätigkeiten neue Fähigkeiten zu erwerben, mehr Selbstvertrauen und Selbstachtung zu erringen, Verständnis und Toleranz Verschiedenartigkeit gegenüber zu lernen. Dies ist letztlich der Tenor der Untersuchung: Mehr Achtung und Aufmerksamkeit der persönlichkeitsbildenden und gesellschaftsstrukturierenden Kraft der Kunst gegenüber, und mehr Selbstbewusstsein des Kulturbetriebs, auf diese Kräfte zu achten – nicht nur im Schillerjahr ist die »ästhetische Erziehung des Menschen« von gesellschaftlicher Relevanz – und sie aktiv in den gesellschaftspolitischen Diskurs einzubringen, nicht als Zweck, sondern als Möglichkeit, Fähigkeit und Wirkung von Kunst, als Impetus, um neue Kräfte in Gang zu setzen. Und andersherum: Die Tatsache muss erkannt werden, dass kulturelle Teilhabe – ein Menschenrecht – soziale Teilhabe voraussetzt. Kultur muss also ein ureigenes Interesse am Abbau von sozialer Ausgrenzung haben. »Kultur für alle« war ein wunderbares Motto für die Öffnung der Kultur und ihrer Institutionen; dass man den herbeigerufenen »Allen« oder auch die Möglichkeit der Teilhabe geben musste, hat die Tatsache erwiesen, dass eben nicht »alle« kamen.

Die mangelhafte Wahrnehmung der wichtigen Rolle von Kunst und Kultur im Prozess der sozialen Eingliederung, die in vielen Projekten an der gesellschaftlichen Basis praktiziert wird und deren Erfolge manifest sind, führt zu der beunruhigenden Tatsache, dass diese sowieso unterfinanzierte Arbeit – wichtige Arbeitsplätze für viele Künstler! – weiter bedroht ist: »Gerade in einer Zeit des wirtschaftlichen Abschwungs ist es besonders beunruhigend zu erleben, dass sich in der Politik nicht niederschlägt, in welchem Maße die Vielfalt kultureller Aktivitäten auf lokaler Ebene die soziale Eingliederung unmittelbar fördert. Ein Großteil der Bemühungen gegen soziale Ausgrenzung wird daher möglicherweise nicht gewürdigt und demzufolge nicht länger bevorzugt finanziell gefördert, beispielsweise aus den EU-Strukturfonds, die in diesem Bereich sehr viel leisten.«⁴

Die Basis für solche Beobachtungen gibt die kulturelle Praxis in den untersuchten Ländern her. Die Länderanalysen beruhen auf Literaturstudium, Untersuchung der verschiedenen Nationalen Aktionspläne (NAPs) und Gesprächen mit Schlüsselpersonen auf den unterschiedlichen Politik- und Verwaltungsebenen. Der Analyse liegt eine grundsätzlich freundliche Empowerment-Haltung den nationalen Bemühungen gegenüber zugrunde: Best-Practise-Beispiele aus allen Ländern, allen Ebenen sind angehäuft, untersetzt durch

knappe Analysen der kulturtheoretischen Ansätze, die in die jeweilige Kulturpolitik eingeflossen sind. Aus der Menge und Qualität der dargelegten Beispiele entfalten sich jedoch Kulturlandschaften sehr unterschiedlicher Art und sehr unterschiedlicher Schwerpunktsetzung, wobei fast überall eine Fokussierung auf den Bildungs- und den Migrationsaspekt zu finden ist. Die Intensivierung der Bemühungen allerdings, ein wechselseitig befruchtendes Verhältnis zwischen *gesellschaftlicher* und *kultureller* Teilhabe zu entwickeln, ist sehr unterschiedlich. Wird etwa bei Dänemark, Finnland, Großbritannien, Spanien und besonders Schweden (»eine lange Geschichte von Verbindungen zwischen Kulturpolitik und gesellschaftlicher Teilhabe«) und Frankreich (Schwerpunktsetzung auf »gleichen Teilhabemöglichkeiten an Kultur für alle Bürger«) eine zumindest grundsätzlich positive Haltung konstatiert, so sieht die Bewertung Italiens (»sehr wenig Augenmerk auf gesellschaftliche Teilhabe«, ein paar neue Entwicklungen in Zielgebiet I – Regionen) und Deutschlands (auf kommunaler Ebene Bemühungen in der Zusammenarbeit um Abbau gesellschaftlichen und kulturellen Ausschlusses) anders aus. Besonders hervorgehoben wird das Programm »Soziale Stadt«, von dessen Realisierung sich die Forscher in Berlin überzeugen konnten. Eine Analyse der deutschen nationalen Aktionspläne (verantwortlich für den NAP 2001: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, für den NAP 2003: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung) ergab, dass Kultur nicht vorkommt (bis auf den Aspekt der Eintrittspreisermäßigung für Familien und sozial Schwache) und dass folgerichtig auch das Kulturministerium nicht in die Umsetzung eingebunden ist. Dies setzt sich auf Länder- und meist auch auf kommunaler Ebene fort. Ein kürzlich zufällig sich ergebender Beleg für die – zumindest partielle – Richtigkeit dieser Beobachtung: In Berlin wird gerade ein neuer Senioren-Aktionsplan auf den Weg gebracht. Am Rande einer Veranstaltung, bei der Seniorentheater und Kreativwerkstätten eine wichtige Rolle spielten, fragte ich die Staatssekretärin nach der Berücksichtigung von Kultur in diesem Plan. Sie hatte den Entwurf dabei und schaute nach – eine halbe Seite fand sie, und die beschäftigte sich mit Eintrittspreisen.

Bei aller bedauerlicher, in der Natur einer solche Studie liegenden Oberflächlichkeit treten doch gerade durch die Vogelperspektive auf Europa wichtige Entwicklungen, aber auch bittere Lücken zutage, die gerade den einzelnen untersuchten Ländern einiges Material zum Nachdenken auf den Weg geben. Gerade das sich selbst so gerne als Kulturnation verstehende Deutschland gehört, bei allem Bemühen um Weltkulturerbe, bei allen wunder-

baren kulturellen Leuchttürmen, nicht gerade zu den Vorreitern einer auf Teilhabe zielenden Kulturpolitik, die sich ihrer Wechselwirkung zwischen Kunst und Gesellschaft wohl bewusst ist und die weiß, dass fehlende gesellschaftliche Teilhabe und Segregationsprozesse auch das kulturelle Leben beschädigen, auch der Kunst Existenzvoraussetzungen entziehen. Aber möglicherweise ist sie gar nicht daran interessiert, es zu wissen.

Das Nichtbeachten der Möglichkeiten der Kultur in den Nationalen Aktionsplänen Deutschlands zur sozialen Eingliederung weder durch die jeweiligen Fachministerien noch durch die Kulturbehörden und -verbände hat jedoch auch einen ganz pragmatischen Aspekt, der insbesondere die Berufsverbände der Künstler erheblich angeht: Hier geht es um viele Arbeitsmöglichkeiten für Künstler, die sie einst in Künstlerweiterbildungsmodellversuchen und bei der Profilierung von Berufsbilderweiterungen einforderten. Tatsächlich verdienen heute viele Künstler einen Teil ihres meist katastrophal niedrigen Lebensunterhalts durch Mitarbeit in Bildungs-, Sozial- und Therapieeinrichtungen, der es ihnen möglich macht, im »anderen Teil« ihres Lebens als Künstler im eigenen Auftrag tätig sein zu können. Die Verankerung im realen Leben, die Zusammenarbeit mit Menschen, das Erfahren ganz anderer Kreativität und ganz anderer kultureller Hintergründe und Lebensweisen wiederum ist ein wichtiger Impuls für eigene künstlerische Arbeit – es ist für viele der Künstler, die ihr als Künstler erworbenes Wissen und Können in Kulturarbeitsprojekte stecken, an denen andere aktiv teilhaben können, ein Geben und Nehmen, über den finanziellen Aspekt hinaus. Aber auch der ist wichtig genug.

Bislang zählen diese Kulturprojekte meist zur »Steinbruchmasse«, d.h. sie können – da nirgendwo institutionell verankert – sehr einfach und unkompliziert weggekürzt werden. Wenn sie als feste und notwendige Bestandteile von Aktionsplänen (Familie, Alter, Kinder, Armut, Obdachlosigkeit, um nur einige zu nennen), die ja in Gesetze münden sollten, verankert werden, stehen sie auf der Agenda. Eine Pflicht ist damit noch nicht gegeben, wie aus der immer weiter ausgehöhlten Kulturpflichtigkeit im Jugendhilfegesetz abzulesen ist; ein offiziell und »von oben« abgeseigneter Arbeitsbereich ist aber viel leichter mit Leben zu erfüllen als einer, der einfach vergessen wurde.

Dorothea Kolland

- 1 Europäische Kommission Beschäftigung & Soziales: Gemeinsamer Bericht über die soziale Eingliederung. Brüssel 2004.
- 2 Ebda. S. 86.
- 3 Als Datei zu erhalten über roberta.woods@unn.ac.uk.
- 4 Gemeinsamer Bericht S. 78.